Nr. 36 XXVIII. Jahrgang Sonnabend, 7. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 1.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Auskunftgebühr 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einlegung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Auslieferung für jede Regierung unmöglich

Die Ueberspannung der Forderungen der Sieger durch das Auslieferungsbegehren hat in Deutschland eine Einmütigkeit erzeugt, über die man sich freuen müßte, wenn ihr Anlaß nicht so furchtbar wäre. Aus allen Lagern tönt von neuem zu der Forderung der Entente, ihrem Racheinstinkt viele hundert Deutsche auszuliefern, das „Unmöglich", das wir ihr schon zu diesem Paragraphen bei der Unterzeichnung des Friedens zuriefen. Selbst ein Teil der Unabhängigen kann sich heute nicht der Welle gerechter Entrüstung entziehen und stimmt mit überein in der Verurteilung des Auslieferungsbegehrens. Wir bringen aus den zahllosen Kundgebungen gegen diesen unerhörten Vergewaltigungsversuch nur die folgenden:

Der Reichswehrminister Noske

äußerte sich zu einem Berichterstatter der „Daily Mail" u. a. wie folgt: „Ich habe vor ungefähr acht Tagen mit dem englischen Geschäftsträger über die Auslieferungsfrage gesprochen. Ich glaube, daß es das beste ist, wenn ich Ihnen jetzt das gleiche wiederhole. In der Auslieferungsangelegenheit werde ich nicht das geringste tun, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht weil mir daran gelegen ist, den Friedensvertrag zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in Deutschland in der Lage ist, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Der englische Geschäftsträger hat mir daraufhin geantwortet, daß es sich um eine Bestimmung des Friedensvertrages handelt. Das ist richtig. Aber jeder Mann, der über die Vorgänge beim Friedensschluß unterrichtet ist, weiß es, daß es schon damals über die sogenannten Schmachparagraphen zu schweren Konflikten gekommen ist. Noch nie nach einem Kriege ist ein solches Ansinnen einem Volke gestellt worden. In Frankreich gibt der Fall Malino eine Probe von der zu erwartenden Rechtsprechung. Aber davon ganz abgesehen; der Versuch, auszuliefern, scheitert sofort wenn auch nur der Anfang dazu gemacht wird. Die Durchführung ist einfach unmöglich. Die Truppen würden einem Befehl, bei der Auslieferung mitzuhelfen, niemals Folge leisten. Das Instrument, das jetzt allein die Ruhe gewährleistet, würde zerbrechen. Wenn ein andrer an meiner Stelle versuchen würde, mit Hilfe der Truppen die Auslieferung durchzuführen, so würde er keine Autorität haben und nichts erreichen.

Die Sachlage ist also so: Wenn ich und meine Mitkollegen versuchen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die ich für schändlich und schimpflich halte, so würden wir das Land in schwerste Wirrnisse bringen. Wer regieren soll, wenn die Regierung zurücktrete, kann ich mir nicht vorstellen. Eine Parlamentsmehrheit, die die Geschäfte weiterführen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigen, die dazu vielleicht bereit wären, hätten keine Möglichkeit, die Auslieferung durchzuführen.

Wer die Auslieferung versucht, würde den Bürgerkrieg entfesseln.

Eine Regierung der Konservativen ist undenkbar. Sie würde erst recht nicht ausliefern. Es kommt also darauf hinaus, daß die Entente, nachdem sie vier Jahre lang als Kriegsziel die Demokratisierung Deutschlands angegeben hat, die jetzige Regierung stürzt, ohne die Möglichkeit, eine leistungsfähige andre zu erhalten."

Nicht weniger deutlich äußerte sich ein andres Regierungsmitglied, dessen Name von dem übermittelnden Wolff-Bureau nicht genannt wird, über die gleiche, augenblicklich unser ganzes Denken beherrschende Frage. Dieser Regierungsvertreter sagte unter anderm zu den ihn fragenden Pressleuten: „Wir befinden uns gegenwärtig in einer kritischen Lage, ähnlich der im Juni v. J., als die Regierung vor der Frage stand, ob sie den Friedensvertrag unterzeichnen solle oder nicht. Wir machten damals zunächst den Versuch, die sogenannte Ehrentafel im Friedensvertrag abzulehnen. Als aber die Entente in einem Ultimatum die unveränderte Annahme verlangte, haben wir unter dem Drucke des drohenden Einmarsches uns entschlossen, dieser Forderung Folge zu geben. Wir haben dann weiterhin immer und immer wieder vor der Entente betont, daß

die Durchführung der Auslieferungsparagraphen für uns unmöglich

wäre und daß sich keine Regierung finden würde, der die Durchführung möglich wäre. Wir haben weiter den Versuch gemacht, die Liste der Auszuliefernden und die Angabe der Beschuldigungen zu erhalten, damit wir selbst gegen die Schuldigen einschreiten könnten, sind dabei aber stets auf Ablehnung der Entente gestoßen. Im November v. J. haben wir den durch die letzten Veröffentlichungen bereits bekanntgewordenen Versuch durch Herrn v. Simson gemacht, in der Auslieferungsfrage zu einer Verständigung zu gelangen, jedoch wiederum ohne Erfolg. Wir wissen heute noch nicht, was die Entente tun wird. Jedenfalls ist die Reichsregierung einmütig der Ueberzeugung, daß eine Erfüllung des Auslieferungsbegehrens unmöglich ist und daß in Deutschland auch keine andre Regierung durchsetzbar ist, die in der Lage wäre, das Auslieferungsbegehren zur Durchführung zu bringen. Die Regierung hält es für bedauerlich, daß Herr v. Lersner, entgegen seiner ausdrücklichen Instruktion, die Weiterleitung der Note an die deutsche Regierung abgelehnt hat. In einer solchen Lage mußte das Wohl des Ganzen höher stehen als die Ehrauffassung eines einzelnen. Unsre Lage ist dadurch nur schwieriger geworden, daß wir im Augenblick in Paris ohne geeignete Vertretung sind. Der deutsche Geschäftsträger Mayer befindet sich bereits in Berlin und wird von hier sofort nach Paris abreisen. Die Regierung ist jedenfalls nach wie vor bestrebt, durch weitere Verhandlungen einen Ausweg zu finden."

In der preußischen Landesversammlung

gab der Präsident Leinert folgende Erklärung zu der Auslieferungsfrage ab:

„Meine Damen und Herren! Sie haben alle Kenntnis davon erhalten, daß der deutschen Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Mächten auszuliefernden deutschen Staatsbürger angestellt worden ist. Aus diesem Anlaß hat sich des Volkes eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verlangen der alliierten und assoziierten Mächte die Ehre des deutschen Volkes aufs tiefste verletzt. Denn wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit nicht unsre Ehre verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die schmachvolle Zumutung der gegnerischen Mächte hat die Reichsregierung immer als undurchführbar und unmöglich bezeichnet. Dem schließt sich das deutsche Volk und die preußische Landesversammlung an. Sie sind überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das unerhörte Verlangen der Entente erfüllen wird. (Lebhafter Beifall.) Im Augenblick ist noch nicht bekannt, welche angeblichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste verzeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wir wissen also nicht, warum und unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird. Aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Liste der Auszuliefernden überreichte, hat

eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und Entrüstung

im Volke ausgelöst. (Zustimmung.) Die preußische Landesversammlung ist ergriffen von diesem einmütigen Empfinden unsres so schwer leidenden Volkes. Um ihre Uebereinstimmung mit dem Volke festzustellen und der unsagbaren Trauer Ausdruck zu geben über das entsetzliche Ansinnen, das nur in der maßlosen Rachsucht eines übermütig gewordenen Gegners seine Erklärung findet, haben die Mitglieder der preußischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Partei mich beauftragt, Ihnen vorzuschlagen, die heutige Sitzung aufzuheben." (Lebhafter Beifall des ganzen Hauses, das mit Ausnahme der Unabhängigen die Ansprache stehend angehört hat.)

Der unabhängige Abgeordnete Adolf Hoffmann verurteilt hierauf in scharfen Worten das Vorgehen der alliierten und assoziierten Mächte, verlangt aber im Namen seiner Fraktion, daß die Tagesordnung erledigt werde. Das Haus schritt deshalb zur Abstimmung, die Aufhebung der Sitzung wurde gegen die Unabhängigen einmütig beschlossen und die Erledigung der Tagesordnung auf die nächste Sitzung festgesetzt.

Von höchster Bedeutung ist, daß sich allen diesen Kundgebungen auch

der Reichsrat

angeschlossen hat und somit die Regierungen aller Einzelländer. Die Meldung hierüber lautet: Der Reichsrat stimmte in seiner öffentlichen Sitzung der folgenden vom preußischen Minister des Innern Heine verlesenen Erklärung zu:

„Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat, weil entsetzt, gesetzlich strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Ahndung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zumutung der Entente, ihr Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei geschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an das Gerechtigkeitsgefühl der Welt."

*

Ministerpräsident Dr. Gradnauer zur Auslieferungsfrage

Der sächsische Ministerpräsident gab gestern zur Auslieferungsfrage einem Vertreter der Presse folgende Auskunft:

Frage: Wie beurteilen Sie, Herr Ministerpräsident, das Auslieferungsverlangen der Entente? Warum lehnt die Entente es ab, die von ihr Beschuldigten von deutschen Gerichten aburteilen zu lassen?

Der Ministerpräsident: Man muß sich erinnern, daß die Regierungen in Paris und London von Anbeginn des Weltkrieges zielbewußt darauf gearbeitet haben, die Schuld am Kriege ausschließlich auf Deutschland abzuwälzen. Ebenso haben sie im Verlauf des Krieges ihre Völker durch eine einseitige und fanatische Greuelpropaganda mit leidenschaftlichem Haß erfüllt. Jetzt soll der Anschein einer Beweisführung erweckt und für alle Zeit dem deutschen Volke das Mal der Schuld aufgedrückt werden. Durch eine Prozeßführung, die eine

Verhöhnung jedes wahren Rechtsverfahrens

wäre, soll das einstige objektive Urteil der Geschichtsschreibung und der Nachwelt vorweggenommen und zugunsten der Ententeländer festgelegt werden. Man verfolgt aber natürlich in den Ententeländern zugleich sehr unmittelbare und reale Zwecke. Die beabsichtigten Sensationsprozesse würden die Presse jener Länder überschwemmen und auf viele Monate, vielleicht auf Jahre hinaus würde ein Schaustück von riesenhaften Dimensionen geboten werden. Auch die neutrale Presse würde sich dieser Aufmachung kaum zu entziehen vermögen. Die würden sowohl in den Ententeländern wie in den neutralen Ländern die Stimmen der Menschlichkeit und Vernunft ausgelöscht werden, und — das dürfte das Entscheidende sein! — der Haß des Entente-Chauvinismus erhielte freie Bahn für alle weiteren Unternehmungen, die gegen das besiegte Deutschland im Schilde geführt werden.

Frage: Sie scheinen also der Ansicht zu sein, daß die Auslieferungsforderung ein Mittel für die Entente sein soll, um die sonstigen Ziele des Versailler Vertrages sicher erreichen zu können?

Der Ministerpräsident: Das ist allerdings die Meinung, die ich aus dem Verhalten der Entente gewonnen habe. Möge sich doch niemand einer Täuschung hingeben! Es handelt sich keineswegs um einige hundert Personen, deren Hinopferung etwa dem deutschen Volke Ruhe und Erleichterung von gegnerischen Bedrängnissen bringen würde. Im Gegenteil! Jeder, der sehen will, kann erkennen, wohin der Sieger zielt: Werden alle Länder der Welt mit den tendenziösen Prozeßberichten überschüttet, so kann ungestört an die Ausführung des Gewaltfriedens in allen seinen Abschnitten und Auswirkungen gegangen werden. Es handelt sich um die

Ausschaltung Deutschlands aus der Reihe der weltwirtschaftlichen Länder,

die Stillegung und Vernichtung der Industrie und des Handels Deutschlands. Deutschland soll auf die Stufe eines bloßen Agrarlands herabgedrückt werden, was den Hungertod vieler Millionen von Arbeiterfamilien bedeuten müßte.

Frage: Würden nicht viele von den Auszuliefernden durch ihr Auftreten und ihre Aussage in den geplanten Prozessen den deutschen Standpunkt und die deutsche Würde zur Geltung bringen?

Der Ministerpräsident: Zweifellos, aber politisch kommt es vor allem darauf an, was von ihren Aussagen und über ihr Auftreten auch wirklich in der Presse veröffentlicht wird. Kein Zweifel, daß in neutralen Zeitungen solche günstigen Eindrücke stark wiedergegeben würden. Ich zweifle auch nicht, daß der oder jener freigesprochen wird, schon um der Entente-Rechtsprechung den Schein der Gerechtigkeit zu verleihen. Die Wirkung der eigentlichen Greuelpropaganda würde aber durch solche Gegensätze und Zwischenspiele nur noch verstärkt.

Frage: Werden nicht, wenn die Auslieferung unterbleibt, die schärfsten wirtschaftlichen und militärischen Druckmittel seitens der Entente angewendet werden?

Der Ministerpräsident: Damit muß gerechnet werden. Das würde aber in jedem Falle geschehen. Die Entente hat durch Beharren auf ihrem Auslieferungsverlangen ihre Karten endgültig aufgedeckt. Solche wirtschaftlichen und militärischen Druckmittel beschleunigen ja den von der Entente gewollten Zerfall unsrer Volkskraft, und Vorwände, um sie als Zwangs- oder Strafmaßnahmen anzuwenden, würde die Entente fast aus jedem Abschnitt des Versailler Vertrages ableiten können.

Frage: Würden solche uns völlig ruinierenden Maßnahmen der Feinde durch Schwierigkeiten, die ihnen in der Auslieferungsfrage gemacht würden, nicht geradezu herausgefordert werden?

Der Ministerpräsident: Die Entente wird es so darstellen. Die Sache liegt aber umgekehrt.

Erfolgt die Auslieferung nicht, so kann die Greuelpropaganda nicht erneuert werden,

und ohne sie würde die Ausführung des Friedensvertrages mit ihrem unerträglichen Jammer und Elend von den Völkern draußen nicht mit angesehen werden. Wird die Auslieferung vollzogen, so wird all das Grauenhafte, das uns jetzt droht, tatsächlich über uns verhängt. Die Stimmen zu unsern Gunsten aber werden zum Schweigen verurteilt sein. Kurz gesagt, wir würden durch die Auslieferung gerade das ermöglichen, was sich manche einbilden, durch sie vermeiden zu können.

Frage: Wie aber wird sich die Arbeiterschaft zu diesen Fragen stellen?

Der Ministerpräsident: Meiner Ueberzeugung nach hat die deutsche Arbeiterschaft das größte Interesse daran, die von den Feinden geplante Greuelpropaganda unmöglich zu machen. Das Streben der Arbeiterschaft muß sein, das internationale Solidaritätsgefühl zwischen den Arbeiterschaften aller Länder wieder aufzurichten. Der Ententekapitalismus hat es durch seine bisherige Greuelpropaganda auf das erfolgreichste zerstört. Die groben Absagen von französischen und englischen Arbeitern gegenüber Anknüpfungsversuchen deutscher Arbeitervertreter sind hierauf zurückzuführen. Solche Anknüpfungen würden durch erneute Greuelpropaganda auf lange, vielleicht für immer unmöglich gemacht.

Frage: Wie wird sich die sächsische Regierung dazu stellen, wenn die Auslieferungsforderung an sie gerichtet wird?

Der Ministerpräsident: Die Auslieferung würde für Jahrhunderte das Märchen von der Alleinschuld Deutschlands in die Annalen der Geschichte graben. Sie würde das Schicksal unsres Volkes besiegeln. Ich sehe nicht, wie ich zu solchem Verfahren meine Hand bieten könnte. Ich hege auch Zweifel, daß sächsische Beamte solchen Weisungen folgen würden.

Frage: Und worauf, denken Sie, soll das alles hinauslaufen?

Der Ministerpräsident: In dieser Stunde kann es nur einen Weg der Rettung geben:

Das deutsche Volk muß sich in voller Einigkeit gegen die unerfüllbare Auslieferung erklären

Es muß den militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmitteln, die der Gegner anzuwenden versuchen wird, ruhige Entschlossenheit und Bereitschaft zu jedem Opfer entgegensetzen. Wir müssen die schwere Probe aushalten. Nur dann können wir neue Hoffnung fassen.

„Eine Krise für ganz Europa"

Während weit über Deutschland hinaus die Beunruhigung über eine unabwendbare Krise bedrohlich anwächst, hatte man in Paris zunächst die durch die Abreise des Freiherrn v. Lersner geschaffene Lage zu lösen.

Die französische Presse äußert sich sehr erregt über diesen Zwischenfall. Sie meint, Freiherr v. Lersner sei in seiner Haltung durch den Umstand beeinflußt worden, daß er während des Krieges Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier war und so vielfach persönliche Beziehungen zu den Männern gehabt habe, die jetzt auf der Auslieferungsliste stehen. Mittlerweile ist der Brief Lersners an Millerand veröffentlicht worden, in dem der deutsche Geschäftsträger seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. Einen Standpunkt, den er als Beauftragter der Regierung nicht einnehmen durfte, denn seine persönlichen Regungen, so stark sie auch in diesem Augenblick waren, mußten zurückstehen vor den Pflichten des Beamten. Herr v. Lersner mußte sich sagen, daß die Auslieferungsliste auf jeden Fall nach Berlin kommen würde. Ob sie nun Dr. Mayer-Kaufbeuren in Paris entgegennehmen wird, oder, wie Havas meldet, von einem Pariser Sonderkurier nach Berlin gebracht wird und der Reichsregierung durch den dortigen französischen Geschäftsträger de Marcilly im Auftrage Millerands überreicht wird. Von diesem Standpunkt aus muß das Verhalten des Herrn v. Lersner verurteilt werden, weil es geeignet ist, der deutschen Regierung neue Schwierigkeiten zu machen.

Man braucht nur eine französische Pressestimme zu zitieren, um die Anschauung, die über diesen Zwischenfall in den Alliiertenländern herrscht, deutlich genug zu erkennen. So schreibt „Journal des Débats": „Herr v. Lersner hat seine persönlichen Gefühle ins Feld geführt, um seine Haltung zu rechtfertigen. Seine Handlungsweise ist indessen nicht zu verteidigen. Die deutsche Regierung, selbst wenn sie zugibt, daß Herr v. Lersner aus eigener Initiative gehandelt habe, hätte auf alle Fälle sich von einem Delegierten vertreten lassen müssen, der sich nicht gegen die Ausführung eines Artikels des Friedensvertrages auflehnt. Die alliierten Regierungen wären vollkommen berechtigt gewesen, sich zu weigern, die Note wieder zurückzunehmen; sie hätten sich nicht um die Kämpfe zu kümmern zwischen Herrn v. Lersner und seinem Gewissen, auch nicht um die Beziehungen, die er mit seiner eigenen Regierung unterhalte. Seine Aufgabe wäre es gewesen, das Dokument, das ihm übermittelt wurde, weiterzugeben; er hätte ja nachher demissionieren können. Die alliierten Regierungen konnten nicht dulden, daß durch diese Manöver irgendeine Verzögerung hervorgerufen werde. Auf alle Fälle aber sei der Augenblick gekommen, um Deutschland klar zu machen, daß die übernommenen Verpflichtungen gehalten werden müßten."

Die Botschafter-Konferenz in Paris hat, wie der „Temps" meldet, infolge der Weigerung des Freiherrn v. Lersner den Begleitbrief zu der Auslieferungsliste abgeändert. Der neue Text ist den Ministerien in London und Rom zur Genehmigung vorgelegt worden. „Temps" erwartete, daß die Note noch am Donnerstag nach Berlin abgehen werde. Verzögert bleibt also lediglich eine Verzögerung in der Ueberreichung der Note. Denn die

Unnachgiebigkeit Frankreichs,

die es England so ganz ermöglicht, im Hintergrund zu bleiben und doch seine Ziele zu verfolgen, ist ein Faktor, an dem nicht zu zweifeln ist. Nach einer Meldung des „Lyoner Progrès" aus Paris hielt der Kammerausschuß für Auswärtiges eine Sitzung ab, in der die Auslieferungsliste dem Deputierten schon bekannt war. Millerand setzte auseinander, daß „die Liste nur den ersten Weg zur Wiedergutmachung für das geschändete Recht" darstelle. Abänderungen seien nicht in Aussicht genommen. Er fügte hinzu, daß das Dokument die wirksamsten Mittel biete, um ihm durch Deutschland Achtung zu verschaffen und daß die französische Regierung entschlossen sei, die Durchführung des Vertrages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern. Und in einer Unterredung Millerands mit Clemenceau vor dessen Abreise nach Nizza soll, nach dem „Homme libre", Clemenceau seinen Nachfolger beschworen haben, in der Auslieferungsfrage unnachgiebig zu sein. Millerand soll sich dabei für die exakte Durchführung der Bedingungen des Friedensvertrags verbürgt haben.

Unterdessen veröffentlichen die Pariser Blätter bereits die Begründung der Anklagen gegen die in der Liste aufgeführten Personen. Es liegen Meldungen vor über die

Anschuldigungen der deutschen Heerführer

und der deutschen Generale, aus denen man auf die Art oller in der Anklageschrift erhobenen Beschuldigungen schließen kann. Gleichzeitig wird gemeldet, daß nur eine Frist von zwei Wochen für die Beantwortung der Note durch Deutschland gestellt wird:

⊖ Genf, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Die Pariser Zeitungen vom Mittwoch früh veröffentlichen die Anklagedelikte gegen die zur Auslieferung angeforderten Deutschen. Gegen Hindenburg und Ludendorff lautet danach die Anklage auf Anstiftung zur Sachbeschädigung, zur Plünderung und Tötung von Zivilpersonen, gegen Bethmann Hollweg und Tirpitz auf Anstiftung zum Verbrechen des Krieges und zur Versenkung von Handelsschiffen, gegen die meisten deutschen Generale auf Anstiftung zur Ermordung von Landesbewohnern (Geiseln) in Frankreich und Belgien, wegen Beschießung von Lazaretten und Krankenhäusern und wegen Deportierung von Zivilpersonen. Gegen Hindenburg sind mehr als zehn Anklagefälle einzeln aufgeführt, gegen Ludendorff mehr als dreißig Fälle.**

⊖ Genf, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Der Temps meldet: In Paris wird die deutsche Antwort auf die Auslieferungsliste innerhalb von 14 Tagen erwartet. Erst nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist wird Deutschland eine zweite befristete Note erhalten, die weitere Verhandlungen ausschließt. Die Ententekommission für die Ueberführung der Deutschen an die Alliierten weilt bereits in Berlin.**

Wie Havas meldet, geht die Auslieferungsliste für Oesterreich in der nächsten Woche nach Wien ab.

Die neutrale Presse äußert sich sehr geteilt zu der Auslieferungsnote. Am entschiedensten wendet sich die Schweizer Presse dagegen. Sie bezeichnet die Frage als eine Krise nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Die dänische Presse ist sehr zurückhaltend. „Extrabladet" nennt das Verlangen der Entente „eine gewaltige Dummheit" und betont, daß Deutschland vor eine furchtbare Frage gestellt ist. Eine sehr merkwürdige Haltung zeigt die italienische Presse. „Corriere della Sera" will wissen, daß das Auslieferungsverlangen gar nicht so ernsthaft gemeint sei, die Note sei nur formell übergeben worden, dürfe aber nicht so tragisch genommen werden. Die diplomatischen Kreise in Paris erwarteten — so meint das Blatt —, daß die deutsche Regierung nicht so überstürzt handle wie Freiherr v. Lersner.

In Berliner Regierungskreisen erwartet man die angekündigte Ueberreichung der offiziellen Auslieferungsliste und des Begleitschreibens durch den französischen Geschäftsträger in Berlin, de Marcilly, im Laufe des morgigen Tages, spätestens heute abend. Sobald man sich im Besitz dieser beiden Dokumente befindet, soll ein neuer Kabinettsrat tagen und voraussichtlich wird sich die Regierung in Verbindung mit dem Ausschuß für Auswärtiges der Nationalversammlung setzen, um weitere Entschlüsse zu fassen. Ob die Note der Entente von der deutschen Regierung beantwortet werden wird, hängt ganz von dem Inhalt ab, den man ja hier noch gar nicht kennt.

Einige Verwunderung hat es erregt, daß der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer nun doch vorläufig nicht nach Paris fährt, sondern in Berlin verbleibt, wobei darauf hingewiesen wird, es sei doch eigentlich selbstverständlich, daß gerade unter den augenblicklichen Verhältnissen der Platz des deutschen Geschäftsträgers in Paris wäre. In parlamentarischen Kreisen verlautet, es liege die Möglichkeit vor, auch wenn es zu keiner Kabinettskrise komme, daß eine Umbildung der Regierung vorgenommen werde und ein Wechsel für einige Mitglieder der Regierung eintrete.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200207/1